

PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER DER GANZEN WELT, VEREINIGT EUCH!

Rote Fahne

ZENTRALORGAN DER MARXISTISCH-LENINISTISCHEN PARTEI ÖSTERREICHS (MLPÖ)

NUMMER 121

OKTOBER 1970

EINZELPREIS S 3,-

Erklärung des ZK der MLPÖ
zum westdeutsch-sowjetischen Pakt

ERHÖHTE GEFAHREN FÜR ÖSTERREICH!

Das Zentralkomitee der MLPÖ wendet sich mit allem Nachdruck gegen den unter der demagogischen Bezeichnung eines "Gewaltverzichtsvertrags" vorgestellten imperialistischen Pakt zwischen den Moskauer Revisionisten und den Bonner Revanchisten und Militaristen. Es warnt die österreichische Arbeiterklasse und das ganze österreichische Volk nachdrücklich vor der Gefahr, die von dem engen Bündnis der beiden größten imperialistischen Mächte Europas ausgeht und fordert es auf, den Kampf für die Verteidigung der nationalen Unabhängigkeit und Souveränität Österreichs mit erhöhter Wachsamkeit und verstärkter Kraft zu führen.

Es ist voll unheilvoller Symbolik, daß der sowjetisch-westdeutsche Pakt fast genau am Jahrestag der Okkupation der Tschechoslowakei abgeschlossen wurde. Der sowjetisch-revisionistische Imperialismus hat sein wahres konterrevolutionäres Wesen noch nie deutlicher gezeigt: Für das tschechoslowakische Volk hat er Panzer und Kanonen, für die westdeutschen Imperialisten aber Freundschaftsbezeugungen und Milliardenaufträge bereit.

Den neuen Zaren geht es heute in erster Linie darum, die Grenzen ihres Imperiums in Europa zu legalisieren, um beide Hände gegen das sozialistische China frei zu haben. Wie in Fernost mit dem japani-

schen Imperialismus, dem größten dieses Raumes, arbeiten sie in Europa mit den westdeutschen Imperialisten immer enger zusammen, die hier die gefährlichsten Räuber sind. Es ist klar, daß sich diese Verbrüderung in beiden Fällen gegen irgendjemand richtet. Unmittelbar ist das die Volksrepublik China, mittelbar aber sind es alle anderen Völker. Die Pakte und Koalitionen von imperialistischen Mächten sind niemals Friedensschritte, sondern immer Vorbereitungen auf wirtschaftliche, politische und auch militärische Expansionen. Das gilt in besonderem Grad für den jetzt abgeschlossenen westdeutsch-sowjetischen Pakt.

Die Hauptfeinde der Völker im Weltmaßstab sind heute der amerikanische Imperialismus einerseits und der sowjetische Sozialimperialismus andererseits. Das schließt eine unmittelbar besonders ernste Bedrohung bestimmter europäischer Länder (wie Österreich, die DDR usw.) durch die westdeutschen Imperialisten ebensowenig aus wie die besondere Bedrohung asiatischer Länder (etwa Korea) durch die japanischen Imperialisten.

Österreich ist bereits einmal von den deutschen Imperialisten überfallen und annektiert worden, seine nunmehrige wirtschaftliche Durchdringung durch das westdeutsche Kapital hat bereits folgeschwe-

re Ausmaße erreicht. Das Bündnis dieser einstigen Okkupanten und jetzigen Aufkäufer Österreichs mit jenen neuen Imperialisten, die vor zwei Jahren ein Nachbarland Österreichs überfallen und rücksichtslos in ihre Provinz verwandelt haben, erhöht die Gefahren für die nationale Unabhängigkeit unseres Landes in bedeutendem Maß. Es ist schlimm, in der Nachbarschaft so großer Landräuber zu leben, besonders dann, wenn diese einander in die Hände zu arbeiten beginnen!

Der sowjetisch-westdeutsche Vertrag erhöht die Bedrohung Österreichs. Er ist ein Vertrag der Schande und des Ver-

rats, ein Vertrag gegen die nationalen und sozialen Interessen der Völker, ein Vertrag imperialistischer Expansionen und Kriegsvorbereitungen.

Es ist die hohe Pflicht aller Mitglieder, Sympathisierenden und Freunde der MLPÖ, die Pflicht aller demokratischen, antiimperialistischen und wirklich patriotischen Kräfte Österreichs, diesen gefährlichen Charakter des zwischen Bonn und Moskau abgeschlossenen Pakts unermüdlich zu entlarven und alles zu tun, um unser Land und Volk gegen die aus diesem Pakt erwachsenden Gefahren zu verteidigen.

ZK der MLPÖ

Ein Komplott gegen die Völker



Zum imperialistischen Pakt Bonn-Moskau

Am 22. August 1970 hat das Organ des Zentralkomitees der Partei der Arbeit Albaniens, "ZERI I POPULLIT", eine grundsätzliche Stellungnahme zum sowjetisch-westdeutschen Vertrag veröffentlicht, die in der ganzen Welt Beachtung gefunden hat und auch in Österreich mehrfach zitiert wurde. Da es sich um die unserem Urteil nach klarste und tief-schürfendste Analyse handelt, welcher die Bedeutung und die Auswirkungen des Paktes zwischen den westdeutschen Imperialisten und den sowjetischen Revisionisten bisher unterzogen wurden, veröffentlichen wir den Artikel, der im Original den Titel trägt: "Der sowjetisch-deutsche Vertrag - ein gefährliches Komplott gegen die Völker Europas und der ganzen Welt" in seinem ganzen Wortlaut und mit der Empfehlung, ihn besonders gründlich zu studieren.

Die langen Verhandlungen zwischen den sowjetischen Revisionisten und den deutschen Revanchisten wurden vor kurzem in Moskau mit der Unterzeichnung eines einfach "Vertrag zwischen der UdSSR und der BRD" genannten Paktes abgeschlossen. Nun will man in Moskau und in Bonn garnicht aufhören, die Glocken zu läuten, um "die Wendung" in den sowjetisch-deutschen Beziehungen zu feiern und die "vernünftige" Politik und "friedensbringende" Rolle der Moskauer Führer und ihrer west-

deutschen Kollegen in den Himmel zu heben. Die Staatsführer beider Länder, die Diplomaten, die Journalisten und alle Massenmedien wurden in Bewegung gesetzt, um der Menschheit weiszumachen, der sowjetisch-deutsche Vertrag kennzeichne das "größte historische Ereignis" in Europa nach dem 2. Weltkrieg, eine "echte Versöhnung" zwischen den beiden großen Feinden sei zustande gekommen, für unseren alten Kontinent sei nun endlich der Weg zu "dauerndem Frieden" gebahnt worden. Man ist zugleich bemüht, die Gelegenheit auszunützen, um den Völkern Europas und der Welt aufzuschwatzen, die größten Mächte in Europa, die Sowjetunion und die Bundesrepublik Deutschland, würden nicht nur die bestehenden Grenzen aller europäischen Länder als unantastbar anerkennen und sich feierlich verpflichten, auf jede Gewaltanwendung gegeneinander zu verzichten, sondern seien nun auch "höchste Bürgen", wie Kossygin sich ausdrückte, "für die Erhaltung der Stabilität und der Ruhe auf dem europäischen Kontinent".

Würde man das nunmehrige sowjetisch-deutsche Abkommen von der Außen- und

Innenpolitik beider Länder losgelöst betrachten, würde man nur die Buchstaben des Vertrages und nicht sein Wesen, seinen Geist betrachten, so könnte man den schönen Worten vielleicht sogar glauben, die man jetzt aus Moskau und Bonn zu hören bekommt. In Europa sind aber noch nicht die Wunden der alten Illusionen verheilt, es leidet noch immer an den Folgen des Glaubens an die "feierlichen" Versprechungen und Versicherungen der Vergangenheit und kann es sich daher nicht leisten, wieder solchen Illusionen wie in den Dreißigerjahren zu erliegen und neuen hohlen Versprechungen Glauben zu schenken.

Sogar Hitler hatte einmal erklärt, er werde niemals andere Länder angreifen, er hatte mit allen Ländern, die er dann doch überfiel, sogar "Nichtangriffspakte" unterzeichnet - dennoch zögerte er keine Sekunde, Österreich auszulöschen und Frankreich zu besetzen, sich eine Reihe kleiner europäischer Länder einzuverleiben und die Sowjetunion zu überfallen. Die europäischen Großmächte hatten sich damals vor aller Welt, schriftlich und mündlich, verpflichtet gehabt, die "bestehenden Grenzen" der europäischen Staaten mit allen Mitteln zu beschützen. Als es aber zum Handeln kam, billigten sie die Okkupation Österreichs, unterzeichneten sie das Münchner Abkommen zur Aufopferung der Tschechoslowakei, sahen sie ruhig zu, wie Albanien durch den Faschismus überfallen wurde, und so weiter.

Wer die heutige internationale Lage und besonders die Lage in Europa unvoreingenommen und nüchtern betrachtet, wer die Außenpolitik der sowjetischen Sozialimperialisten und der Bonner Revanchisten sachlich einschätzt, wird unvermeidlich zur Schlußfolgerung gelangen, daß der jetzige sowjetisch-westdeutsche Vertrag ein neues, sehr gefährliches Komplott darstellt, das nicht nur gegen die europäischen Völker, sondern gegen alle Völker der Welt gerichtet ist. Allgemein betrachtet, stellt dieser Vertrag ein Abkommen zwischen den beiden neuen imperialistischen Mächten dar, abgeschlossen im Rahmen der sowjetisch-amerikanischen Globalstrategie, zur Festigung ihrer Herrschaftspositionen und Einflußbereiche in Europa und um die Schwertspitze ihrer Aggressionen nach Asien zu richten; im besonderen aber enthüllt dieser Vertrag die Versuche der sowjetischen Revisionisten und der deutschen Revanchisten, die anderen europäischen Länder politisch und wirtschaftlich zu unterwerfen.

Die Lösung der Deutschlandfrage, eine der wichtigsten umstrittenen Fragen, eine vom 2. Weltkrieg hinterlassene und mit den Geschicken unseres ganzen Kontinents eng zusammenhängende Schlüsselfrage, ist Gegenstand fortwährender Sorgen der Völker Europas. Mit besonderer Aufmerksamkeit haben sie alle positiven und negativen Schritte verfolgt, die in den vergangenen

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Schlaglichter

ZUM DEUTSCH-SOWJETISCHEN VERTRAG
oo

Das schlechte Gewissen der österreichischen Chruschtschow-Breshnew-Revisionisten hat diese veranlaßt, allerlei "Argumente" zusammenzukratzen, um den Verrat der Moskauer Führer, die nun mit den Repräsentanten des westdeutschen Imperialismus offene Verbrüderung feiern, etwas zu kaschieren.

So versuchen sie, den Umstand auszuschlachten, daß die westdeutsche CDU-CSU-Führung sich eine Zeitlang so gebärdete, als fürchte sie von der "neuen Ostpolitik" der Brandt und Scheel eine Beeinträchtigung der Interessen des westdeutschen Monopolkapitals.

Das Ganze ist natürlich bloße Demagogie und aufgelegter Schwindel.

Brandt und Co. wagen auch nicht den kleinsten Schritt gegen die Interessen des westdeutschen Großkapitals. Ganz im Gegenteil, eber sie sind heute seine bei weitem wertvollsten und nützlichsten Sachwalter. Was aber die CDU betrifft, geht es ihr - abgesehen von der bekannten Demagogie, mit der die reaktionären Parteien einander Scheingefechte zur Irreführung der Öffentlichkeit liefern - vor al-

lem darum, einen Druck auszuüben, um den Brandt und Scheel noch vor der Ratifizierung des Paktes im Bonner Parlament Gelegenheit zu geben, von den sowjetischen Revisionisten noch ein paar zusätzliche Konzessionen herauszuquetschen.

Auch mit dem hinter der hohlen Hand geflüsterten "Argument", der sowjetisch-westdeutsche Pakt sei ein diplomatischer Schachzug gegen den US-Imperialismus und sei geeignet, ihn zu zügeln, haben die Revisionisten pseudolinker Sorte kein Glück. Denn es ist eine schwer zu leugnende Tatsache, daß der westdeutsche Außenminister Scheel knappe 14 Tage vor

TITELZEILE
DER "PRESSE"

VOM 20. JULI 1970

Nixon unterstützt Bonner Kurs
Scheel holte sich Rückendeckung für Gewaltverzichtsgespräch

25 Jahren auf diesem Gebiet getan wurden. In vieler Hinsicht diente die Deutschlandfrage als ein Barometer, um den steigenden oder fallenden politischen Luftdruck in Europa zu messen.

So ergibt sich die Frage: Dient der zwischen Moskau und Bonn unterzeichnete Vertrag der gerechten, richtigen Lösung der Deutschlandfrage und der Gewährleistung wirklicher Sicherheit in Europa?

In dem am 12. August 1970 in Moskau unterzeichneten Abkommen, wie auch in den vielen Reden und Erklärungen der sowjetischen und westdeutschen Führer zu diesem Ereignis

nis wird von der Notwendigkeit des Abschlusses eines Friedensvertrags mit Deutschland nicht nur keinerlei Erwähnung, sondern nicht einmal die geringste Anspielung darauf gemacht. Das kann doch kein Zufall sein!

Einst haben Chruschtschow und auch die Führer, die heute in der Sowjetunion am Ruder sind, fast jeden Tag erklärt, die Sowjetunion könne die Unterzeichnung des Friedensvertrags mit den beiden deutschen Staaten nicht länger hinausschieben, und sollte man in Bonn nicht wollen, so werde man diesen Vertrag mit der DDR allein unterzeichnen. Sie sagten damals, alles sei

der Unterzeichnung des sowjetisch-westdeutschen Vertrags zu US-Präsidenten Nixon und zu US-Außenminister Rogers nach Washington gepilgert war, um sich dort - wie die "Presse" vom 20.7.1970 mitteilte - "volle Rücken-deckung der USA für die Ostpolitik der Bundesregierung" zu holen. Er hat sie auch bekommen. Das US-Außenministerium bezeichnete in einem Kommuniqué die "neue Ostpolitik" der Bonner Regierung sogar als eine wichtige "Ergänzung" der amerikanischen Politik gegenüber den sowjetischen Revisionisten und ihren "volksdemokratischen" Satelliten!

Am 28. August 1970 hielt der Generalsekretär der sowjetischen Revisionisten, L. Breschnew, in Alma Ata eine Rede, in der er die "Wende" pries, die in der Politik und Rolle des westdeutschen Imperialismus jetzt angeblich eingetreten sei. Die gestern noch mit Recht als gefährliche Militaristen und Revanchisten bezeichneten Bonner Machthaber sind laut Breschnew plötzlich zu Musterknaben geworden: sie sind jetzt für die "Anerkennung der politischen Realitäten des heutigen Europa", für die "Entspannung in Europa", für "friedliche Koexistenz" mit ihren Nachbarn, für die "fruchtbare Zusammenarbeit aller europäischen Staaten" usw. Die sowjetische Regierung, so erklärte Breschnew, begrüße freudig diese neue Rolle Westdeutschlands und sei bereit, "entsprechend darauf zu reagieren". Deutlicher ausgedrückt: Breschnew und Co. sind bereit, sich das Bündnis mit den west-

deutschen Imperialisten etwas kosten zu lassen. Fragt sich bloß, wer diese Kosten zu tragen haben wird?!

Aus der Tischrede des sowjetischen Ministerpräsidenten Kossygin beim Festessen zu Ehren W. Brandts im großen Kremlpalast am 12. August 1970:

"Heute ist ein denkwürdiger Tag... Jahrelang haben sich die Sowjetunion und die Bundesrepublik im internationalen politischen Leben bei der Lösung wichtiger Probleme oft auf entgegengesetzten Polen befunden... beide Seiten nicht vor den Schwierigkeiten zurückgeschreckt... eine Wende in den Beziehungen... die Wohltaten, die uns jeder Tag des Friedens beschert und die durch die Zusammenarbeit vermehrt werden... große Verantwortung ganz Europa gegenüber übernommen... Aufrechterhaltung der Stabilität auf dem europäischen Kontinent... Natürlich gibt es auch mißgünstige Stimmen. Aber das sind die Stimmen derjenigen... denen Sorgen um eine friedliche Zukunft der europäischen Völker fremd sind."

(Zitiert laut "Sowjetunion heute" vom 1. September 1970)

Aus der Tischrede W. Brandts im großen Kremlpalast:

"...ein Vertrag, der uns von den Schatten und den Belastungen der Vergangenheit befreien soll - Sie wie uns... Ich hoffe, die Zeit der Entfremdung liegt hinter uns."

... Lassen Sie uns Menschen aus allen Schichten miteinander in Verbindung bringen, damit Vorurteile verschwinden und neues Verstehen folgt.."

(Zitiert laut "Sowjetunion heute" vom 1. September 1970)

Am 26. August 1970, wenige Tage nach der Unterzeichnung des sowjetisch-westdeutschen Paktes, stattete der westdeutsche Bundespräsident Heinemann dem Westsektor von Berlin eine demonstrative Visite ab. Bezeichnen-derweise haben die Revisionisten, die in solchen Fällen bisher stets laute Wehklagen erhoben, diesmal zu protestieren vergessen. Warum wohl?

Aus dem Leitartikel der "Arbeiter-Zeitung" vom 21.7.1970 zum westdeutsch-sowjetischen Pakt:

"Verzicht auf Gewalt zur Änderung der bestehenden Grenzen schließt natürlich eine zukünftige Änderung durch gütliche Einigung nicht aus."

Am 9. August 1970, in Vorbereitung des Jahrestags der Okkupation der Tschechoslowakei durch die sowjetischen Truppen, verbreitete Radio Prag eine Erklärung zur Rechtfertigung dieser Okkupation, in der es hieß:

"Hand in Hand mit dem Antisowjetismus entwickelte sich die Propaganda der sogenannten Neuorientierung der tschechoslowakischen

dazu bereit, man brauche bloß die Feder in die Hand zu nehmen und die Unterschrift unter den Vertrag zu setzen.

Warum aber haben die Herrschaften diese so große Sache, die eine der Grundfragen der sowjetischen Außenpolitik darstellte, nun plötzlich vergessen? Tatsache ist, daß die heutigen sowjetischen Führer in der Deutschlandfrage und in der Frage des deutschen Friedensvertrages voll und ganz vor Bonn kapitulierten. Sie gaben den "vollendeten Tatsachen" einfach den Segen, vor welche sie die Westmächte und die Bundesrepublik stellten, nämlich die flagranten Mißachtung der Beschlüsse von Jalta und Potsdam, die Leugnung aller Ideale und Ziele, für welche das sowjetische und alle antifaschistischen Völker gekämpft hatten, die Vernichtung aller Hoffnungen, den deutschen Militarismus und Revanchismus, diese ständige Quelle von Kriegen und Aggressionen in Europa, ein für allemal mit Stumpf und Stiel auszurotten.

Die sowjetischen Revisionisten können niemand weismachen, daß das Abkommen, welches sie mit Bonn unterzeichneten, einen Friedensvertrag mit Deutschland ersetze. Die Frage dieses Friedensvertrags mit Deutschland geht nicht nur die Sowjetunion an. Es handelt sich um eine Schlüsselfrage

für alle europäischen Staaten, die gegen den Nazismus gekämpft haben. Hitlerdeutschland wurde von der großen antifaschistischen Koalition zerschlagen und wie mit Italien hätte auch mit Deutschland von allen am antifaschistischen Krieg teilnehmenden Staaten ein Friedensvertrag unterzeichnet werden müssen.

- Erst der Abschluß eines solchen Vertrages unter Teilnahme aller Staaten
- der antifaschistischen Koalition kann eine richtige Lösung bringen. Diesen Vertrag kann kein anderes, von wem auch immer abgeschlossenes Abkommen ersetzen.

Die gegenwärtige Haltung der sowjetischen Führerschaft in der deutschen Frage verletzt aufs Schwerste auch die Interessen des deutschen Volkes selbst, dessen Wunsch es war, das Joch des Militarismus und des Revanchismus abzuschütteln und den wirklich demokratischen und friedlichen Weg der Verständigung und der Zusammenarbeit mit den anderen Völkern Europas zu betreten. Das Abkommen, das die sowjetischen Revisionisten mit Bonn abschlossen, läßt nicht nur diese Interessen der antifaschistischen und demokratischen Kräfte in Deutschland völlig außer acht, sondern bietet den heute in Bonn herrschenden monopolistischen Krei-

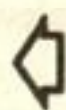
Außenpolitik. Dies äußerte sich konkret in den Versuchen, sich der Deutschen Bundesrepublik anzunähern. So wurden geheime politische Verhandlungen mit dem Auswärtigen Ausschuß des Bonner Bundestages geführt, und eine Erklärung zum 30. Jahrestag des Münchner Diktats sollte den Weg für politische Verlobungen mit breiter Reichweite ebnen."

Drei Tage nach dieser Anklage gegen die Vorläufer der Husak und Cernik wurde in Moskau das sowjetisch-westdeutsche Abkommen unterzeichnet...

★ ★ ★



Hannoversche Presse



Ein interessanter Vorschlag einer westdeutschen Zeitung, die in der Sowjetunion immer noch in Verwendung stehende Fahne mit Hammer und Sichel zumindest durch einen Mercedes-Stern besser zu kennzeichnen.

In seiner Ausgabe vom 31. August 1970 veröffentlichte der westdeutsche "Spiegel" folgende Details zum sowjetischen Lizenzvertrag mit dem westdeutschen Monopolunternehmen Daimler-Benz über den Bau der "größten Lastwagenfabrik der Welt" an der Kama, rund 1000 km östlich von Moskau:

Ab 1975 soll das von Daimler-Benz unter Mitwirkung zahlreicher anderer westlicher Monopolgesellschaften errichtete Werk täglich fast 500 mittlere und schwere Lastwagen, d.h. jährlich 150.000 Stück, fix und fertig herstellen. Es wird sich um drei hauptsächliche Typen mit Nutzlasten von 10 bis 17 Tonnen und mit 150 bis 300 PS Motorleistung handeln. Das Mammutwerk, das auch den Großteil der Einzelteile selbst herstellen soll, wird fast viermal soviel produzieren wie

die gesamte westdeutsche Produktion von mittleren und schweren Lastkraftwagen ausmacht.

Am Bau des Werkes bzw. an den dafür zur Verfügung gestellten Lizenzen werden die Aktionäre von Daimler-Benz rund 200 Millionen DM (1,4 Milliarden Schilling) unmittelbaren Gewinn ziehen. Darüber hinaus ist vorgesehen, für jeden vom Band rollenden LKW eine Lizenzgebühr vom 300 DM zu kassieren, was weitere jährliche Gewinne von 45 Millionen DM (etwa 320 Millionen Schilling) für das westdeutsche Kapital abwirft.

Die LKWs sind für den eigenen wirtschaftlichen (und militärischen!) Bedarf der Sowjetunion bestimmt. Ihre Ausfuhr in bestimmte andere Länder (etwa Vietnam!) ist vertraglich untersagt.

Für den Milliardenkredit zum Bau des Werkes wird ein Konsortium der westdeutschen Großbanken sorgen, die Kreditsumme wird zu 80 Prozent durch Bürgschaften des westdeutschen Staates abgesichert.

sen Hilfe und Unterstützung, stellt ihnen ein politisches "Leumundszeugnis" von internationaler Tragweite aus, begünstigt und ermutigt ihren reaktionären revanchistischen und expansionistischen Appetit.

Die Bildung der DDR war ein markanter Sieg für das ganze deutsche Volk, ein Ereignis von historischer Bedeutung für alle Völker Europas. Die Anstrengungen, welche die Deutschen selbst, sowie alle antifaschistischen und fortschrittlichen Menschen, alle friedliebenden und progressiven Kräfte der Welt gemacht haben, um die völkerrechtliche Anerkennung der DDR als vollberechtigten Staat, vor allem durch die BRD, aber auch durch die anderen Weststaaten, durchzusetzen, haben gezeigt, daß diese Angelegenheit nach wie vor ein entscheidendes Fundament für die Lösung der deutschen Frage bleibt. Vollkommen mit Recht wurde die Anerkennung der DDR als eine mit der wirklichen Sicherung des Friedens in Europa und mit der Bekämpfung der aggressiven Pläne der imperialistischen Mächte, darunter auch Bonns, eng verbundene Frage betrachtet.

- Die revisionistischen Kreml-Führer haben nun mit dem in Moskau unterzeichneten Vertrag mit Bonn der DDR, ihrer politischen Stellung, ihrem Namen und ihrem internationalen Ansehen den Dolchstoß versetzt!

Bei den Besprechungen zwischen Moskau und Bonn sowie im eben abgeschlossenen deutsch-sowjetischen Vertrag wird die DDR von beiden Teilen nicht als ein unabhängiger und souveräner Staat behandelt, dem gegenüber niemand berechtigt ist, sich in seine inneren Angelegenheiten einzumischen, sondern als ein Land, über das andere Staaten bestimmen und dem man diesen oder jenen gemeinsamen Beschluß diktieren und aufzwingen kann. Die DDR wird von den sowjetischen Revisionisten faktisch als ein Handelsobjekt betrachtet, als ein sowjetisches Faustpfand, mit dem die Herren im Kreml machen können, was sie wollen, für sich behalten, verpachten oder verkaufen, ihm dieses oder jenes innere und internationale politische Statut auferlegen, seine Grenzen öffnen oder schließen, usw.

Bis vor kurzem forderten die sowjetischen Revisionisten noch die vollkommene völkerrechtliche Anerkennung der DDR durch die BRD als Voraussetzung für den Abschluß jeglichen Vertrages mit Bonn. Sie erklärten feierlich, bei den sowjetisch-deutschen Besprechungen könne kein Resultat erzielt werden, falls Bonn nicht auf die Alleinvertretungs-Anmaßungen verzichte, falls es nicht seine bisherige Politik der "Vereinigung" Deutschlands, nämlich der Einverleibung der DDR, verwerfe. Aber von all dem ist im jetzigen Vertrag keine Spur zu finden.

Die Moskauer Propaganda sucht diese Kapitulation ihrer Herren zu rechtfertigen, indem sie beteuert, im Vertrag stehe doch, daß die Partner auch die Grenze zwischen der Bundesrepublik und der DDR als unantastbar betrachten. Diese allgemeine Bemerkung im Vertrag kann aber die Realität nicht vertuschen.

- Es bleibt die Tatsache, daß die Bundesrepublik die DDR nicht anerkennt, daß sie weiterhin den Anspruch erhebt, sie allein vertrete die ganze deutsche Nation, daß sie die DDR bloß als ein Gebiet betrachtet, das vorübergehend außerhalb ihrer Grenzen geblieben sei, daß aber wohl die Zeit kommen und sich die Wege finden würden, sie wieder in den Schoß des Vaterlandes "zurückzuführen".

Diese politische Linie und offizielle Haltung der Bundesregierung zur DDR haben die sowjetischen Revisionisten öffentlich akzeptiert, indem sie als offizielles Dokument und als Zusatz zum Vertrag die Note annahmen, die Bonn am 12. August der sowjetischen Regierung übermittelte und in welcher der sogenannte "deutsche Wunsch" ausgedrückt wurde, für die "friedliche Wiedervereinigung" Deutschlands zu "arbeiten".

Tatsache bleibt auch, daß eben zu der Zeit, da die sowjetischen Revisionisten den westdeutschen Führern die größten Zugeständnisse machen, die anderen imperialistischen Mächte mit den USA an der Spitze sich zwar herabließen, die DDR zur Kenntnis zu nehmen, jedoch weiterhin Bonns Haltungen und Absichten ihr gegenüber bis zuletzt verteidigen.

Dieser ganze offensichtliche Kuhhandel hinter den Kulissen Moskaus und Bonns zeigt, daß die DDR von den sowjetischen Revisionisten feilgeboten wird. Ob sie sie, ihre Rechte leugnend, sie mißachtend und erniedrigend, stückweise oder im ganzen verkaufen werden, das hängt noch von verschiedenen Umständen ab. Tatsache ist aber, daß die Kreml-Führer, während sie den "Wünschen" der Bonner Revanchisten sehr entgegenkommen, sich den Wünschen der DDR und des ganzen deutschen Volkes

gegenüber als höchst gleichgültig erweisen. Im sowjetisch-deutschen Vertrag wird zwar nichts davon erwähnt, die westdeutschen Führer haben aber offen davon gesprochen, daß die sowjetische Regierung sich verpflichtet hat, die "besonderen Rechte" Bonns in Westberlin anzuerkennen. Einige haben sogar mitgeteilt, daß die sowjetischen Revisionisten nunmehr akzeptiert haben, Westberlin als Bestandteil der Bundesrepublik zu betrachten. Darüber hinaus haben die sowjetisch-revisionistischen Führer offenbar die Aufgabe übernommen, die DDR zu weitgehenden Zugeständnissen in der Frage Westberlins zu zwingen, zu Zugeständnissen, die unmittelbar die Integrität und die Souveränität der DDR berühren. Das ist ein weiterer Verrat der sowjetischen Revisionisten am deutschen Volk und eine offene Ermutigung der revanchistischen Zielsetzungen Bonns.

Die Bedeutung des sowjetisch-deutschen Vertrags liegt nicht so sehr in dem, was mit ihm im Moment erreicht worden ist, sondern in seinen späteren internationalen Folgen, in den Wegen, die er für die aggressiven Pläne des sowjetisch-revisionistischen Imperialismus und des deutschen Revanchismus bahnt:

- Im Zentrum Europas wird eine neue
- Allianz von Imperialisten geschaffen, ent-
- steht eine neue Achse, die früher
- oder später neuen "Raum" verlangen
- wird zum Schaden der Lebensinteres-
- sen der anderen Völker, des Friedens
- und der Sicherheit in Europa.

Ziel des Vertrages ist es, die Einflußbereiche der Großmächte zu legitimieren und zu sichern, diesen im Voraus das Recht auf Intervention bzw. das Versprechen zuzugestehen, jedem in seinem Bereich freie Hand zu lassen.

Zwar wird im Vertrag die "Unantastbarkeit der Grenzen" erwähnt, gemeint sind damit aber die Grenzen der Einflußbereiche, da ja die anderen Grenzen sowieso unter der Drohung der Panzer der NATO bzw. des Warschauer Pakts stehen.

Von welcher Art der "Unantastbarkeit" der Grenzen kann denn schon die Rede sein unter Bedingungen, da die sowjetischen Revisionisten ihren Satellitenländern gegenüber die Politik der "begrenzten Souveränität" betreiben, und andererseits den USA auf Grund des Nordatlantikpakts gestattet ist, in die Innenangelegenheiten der Partner ein-

zugreifen, so oft sie der Meinung sind, irgendwo sei eine Gefahr für deren "politische Unabhängigkeit" oder deren "Sicherheit" entstanden? Kann denn von einer "Unantastbarkeit" der Grenzen die Rede sein, wenn fremde Truppen, sowjetische und amerikanische, in vielen Ländern Europas stationiert sind und das Recht haben, dort ein und aus zu gehen, ohne sich der Kontrolle von Seiten der Regierungen der betreffenden Länder unterwerfen zu müssen? Vor zwei Jahren haben die sowjetisch-revisionistischen Truppen die Tschechoslowakei okkupiert. Würden sie denn in einem anderen Fall eine solche Handlung nicht wiederholen, bloß weil sie dabei die "Verpflichtungen" behindern, die sie im Rahmen des sowjetisch-westdeutschen Vertrags unterschrieben haben?

Im Gegenteil! Der Vertrag macht klar, daß die Deutsche Bundesrepublik den sowjetischen Revisionisten vorläufig freie Hand läßt, jenseits der Elbe so zu handeln wie sie wollen, obgleich die Bonner Revanchisten ihrerseits sich natürlich weiter bemühen werden, das revisionistische Kaiserreich durch "friedliche Evolution" zu unterhöhlen.

Kein Schacher zwischen imperialistischen Wölfen, also auch nicht zwischen den sowjetischen Revisionisten und den deutschen Revanchisten, kann ohne gegenseitige Zugeständnisse zustandekommen:

- Als Gegenleistung für die Anerkennung
- der sowjetisch-revisionistischen Vor-
- herrschaft im Osten sicherte sich Bonn
- daher von Moskau die Unterstützung sei-
- ner wirtschaftlichen und politischen Ex-
- pansion im westlichen Teil
- Europas.

Daher haben bürgerliche Zeitungen des Westens ganz offen und die Erklärungen politischer Persönlichkeiten indirekt, die Befürchtung zum Ausdruck gebracht, daß die im Vertrag verankerte und damit gefestigte sowjetisch-westdeutsche Zusammenarbeit dem Bonner Staat die Möglichkeit geben wird, außer der wirtschaftlichen auch die politische Überlegenheit im Gemeinsamen Markt zu gewinnen, und allmählich zur vorherrschenden Kraft in diesem Raume zu werden.

Sie spüren, daß Bonns "neue Ostpolitik" und die gründliche Änderung in der Haltung der sowjetischen Regierung zum deutschen Problem der Stärkung des deutschen Revanchismus und den ex-

pansionistischen Plänen der sowjetischen Revisionisten dienen. Sie spüren, daß die sowjetisch-westdeutsche Zusammenarbeit direkt ihre nationalen Interessen und die Interessen des Friedens in Europa antastet. Vorläufig gehen sie aber nur so weit, Bedenken und Sorgen zu äußern. Obwohl die Geschichte der nicht allzufernen Vergangenheit gezeigt hat, daß der deutsche Militarismus niemals auf halbem Wege stehen bleibt bzw. die Okkupation der Tschechoslowakei keinen Zweifel mehr bezüglich der Pläne der sowjetischen Revisionisten läßt, glauben die machthabenden bürgerlichen Kreise in Europa, daß der deutsche und der sowjetisch-revisionistische aggressive Drang eingedämmt werden könne mit einigen politischen Manövern oder mit der Spekulation auf die zwischen ihnen bestehenden Widersprüche. So glauben beispielsweise viele Politiker im Westen, daß der aggressiven sowjetisch-deutschen Zusammenarbeit mit der Aufrechterhaltung des amerikanischen Einflusses und der amerikanischen Positionen in Westeuropa entgegengetreten werden könne; andere erhoffen die Möglichkeit, dieser Gefahr zu entgehen, vom Abschluß eines allgemeinen Abkommens über die "europäische Sicherheit", in dem sich die Staaten formell verpflichten sollten, einander zu respektieren. So oder so würde dadurch in Europa aber die Herrschaft der beiden imperialistischen Großmächte in ihren Einflüßbereichen sanktioniert und ihnen die Möglichkeit gelassen werden, auf die kleineren, wirtschaftlich und militärisch schwächeren Länder einen Druck auszuüben. Andererseits würde keinerlei formelles Abkommen in der Lage sein, ohne Ergreifung effektiver Maßnahmen die deutsche Expansion aufzuhalten.

Eine "europäische Sicherheit", die nicht gegen den amerikanischen Imperialismus und nicht gegen den sowjetischen Revisionismus gerichtet wäre, die nicht den deutschen Revanchismus bekämpfen würde, würde nicht die Sicherheit Europas, sondern dessen Versklavung sein!

Die sowjetischen Revisionisten schlagen jetzt einen großen Propagandalärm, um ihr Abkommen mit Brandt als einen wichtigen Beitrag zur "Sicherheit Europas" hinzustellen. Das ist eine freche Irreführung, ein großer Schwindel. Mit solchen Losungen wollen sie die Aufmerksamkeit der Völker Europas von der tatsächlichen Lage der Dinge auf ihrem Kontinent ablenken, sie wollen damit die gefährliche Situation vertuschen,

die durch ihr imperialistisches Regime in Osteuropa und durch ihre aggressiven Machenschaften in anderen Teilen der Welt entstanden ist.

- Unter "europäischer Sicherheit" verstehen sie nur ihre eigenen Interessen, die
- Sicherung der Ruhe in ihrem Hinterland,
- die Sicherung ihres Rückens und ihrer
- Flanken in Europa, um ihre Kräfte
- nach Asien zu richten und gegen
- andere Gebiete, die in ihren aggressiven
- Plänen inbegriffen sind.

Das deutsch-sowjetische Abkommen paßt in mehrerer Hinsicht auch mit Washingtons Globalpolitik zusammen. Genau so wie die sowjetischen Revisionisten wollen auch die US-Imperialisten ihre gegenwärtigen Stellungen in Europa konsolidieren, die "Ruhe" auf diesem Kontinent und den Frieden mit den hier wirkenden Imperialisten bewahren, um ihre Kräfte nach Asien zu verlegen, wohin ihre Aggression und Expansion derzeit hauptsächlich zielt. Die "Entschärfung" bzw. Regulierung der deutschen Frage auf der Basis zumindest des gegenwärtigen Status quo paßt den beiden imperialistischen Weltmächten ins Konzept und entspricht den derzeitigen Erfordernissen ihrer auf Weltherrschaft gerichteten Strategie. Das zwischen Moskau und Bonn abgeschlossene Abkommen berührt nicht die bestehenden Einflüßbereiche in Europa, im Gegenteil, es legitimiert sie sogar. Darüber hinaus bahnt es den Weg zur Beseitigung der amerikanisch-sowjetischen Konfrontation in Deutschland und in Europa, die im Verlauf der geschichtlichen Entwicklung entstanden ist, jedoch jetzt, unter den Bedingungen der sowjetisch-amerikanischen Allianz, eine Last wird, die ihre gemeinsamen aggressiven Pläne behindert.

Es darf daher für die Völker Europas keinen Platz für Illusionen geben. Sie dürfen keineswegs zulassen, daß sie dem Propagandarummel der sowjetischen Revisionisten, der Brandt und Scheel und ihrer amerikanischen Partner erliegen. Sie dürfen nicht den Kapitulanten und jenen glauben, welche die trügerische Hoffnung verbreiten, daß die sowjetisch-westdeutsche Annäherung und das jetzige Abkommen echte Entspannung bringen und wirklich die Kriegsgefahr in Europa bannen könnten.

Die Geschichte hat es so nachdrücklich bewiesen, daß es sich fast erübrigt, noch einmal zu betonen, daß die Versöhnung mit dem deutschen Revanchis-

mus und das Nachgeben ihm gegenüber für die Völker Europas eine Katastrophe wäre.

Viele Politiker der Vergangenheit haben sich bemüht, die Aggressoren von ihren Ländern abzulenken, indem sie ihnen gegen andere Länder, gegen den Osten freie Hand ließen, ihnen dazu sogar noch Hilfe und Unterstützung gaben. Es hat sich jedoch herausgestellt, daß die Aggressoren sich nicht die geringsten Sorgen um die "europäische Zivilisation" machten und in erster Linie gerade Europa verwüsteten. Auch die neuen Aggressoren, ob US-Imperialisten, sowjetische Revisionisten oder andere, werden zweifellos vorerst Europa zu unterwerfen trachten, seinen Völkern die nationale Freiheit und Unabhängigkeit rauben und jede revolutionäre und demokratische Bewegung hier zu erdrosseln suchen. In der Tat ist die Berufung auf die sogenannte "europäische Sicherheit" nur Deckmantel des Strebens der amerikanischen Imperialisten und der sowjetischen Revisionisten, eine solche knechtende "Befriedung" Europas zu erreichen.

Auf unserem Kontinent kann der Frieden niemals losgelöst von der internationalen Lage, niemals isoliert von dem betrachtet werden, was um uns geschieht. Wie kann es in Europa eine Sicherheit geben, wenn im Nahen Osten die Aggression weitergeht, wenn die amerikanischen und sowjetischen Truppen in allen Teilen Europas ihre Militärstützpunkte und Kriegsbasen haben, wenn ihre Schlachtschiffe drohend im Mittelmeer kreuzen, wenn die amerikanischen Aggressoren die Flammen des Krieges über die ganze indochinesische Halbinsel verbreitet haben, wenn die amerikanischen und die sowjetischen Imperialisten China mit einem Feuerring umzingeln und den Krieg gegen dieses Land vorbereiten?

Die Brandherde des imperialistischen Krieges haben sich schon früher überaus rasch vermehrt und verbreitet, sie tun das erst recht heute, da alle Entfernungen zusammengeschrunft sind und die Isolation des einen Weltteils von den übrigen praktisch unmöglich geworden ist!

Der einzige reale Rettungsweg für die europäischen Völker ist es, sich gegen den amerikanischen Imperialismus, gegen den sowjetischen Revisionismus und gegen den deutschen Revanchismus in einer antiimperialistischen Front zu vereinigen, um den "Einflußbereichen"

und den anderen Formen der imperialistischen Vorherrschaft über die europäischen Länder ein Ende zu bereiten.

Das sowjetisch-deutsche Abkommen wird, allen Bemühungen seiner Urheber zum Trotz, ihre Widersprüche beizulegen und daraus imperialistische Vorteile zu schlagen, niemals die von ihnen erwünschten Ergebnisse zeitigen. Sicherlich, dieses Abkommen wird einige Wunden der sowjetischen Revisionisten und der deutschen Revanchisten heilen helfen, es wird zugleich aber neue Wunden aufreißen, nicht kleinere und nicht weniger schmerzliche. Der Abschluß des Vertrages wird unvermeidlich das Eindringen des westdeutschen Imperialismus in die revisionistischen Länder verstärken, was Moskaus Einfluß auf sie zwangsläufig schwächen wird.

Bisher diente den sowjetisch-revisionistischen Führern der deutsche Revanchismus als Argument für Maßnahmen zur Verstärkung ihrer Herrschaft in den Satellitenländern, für die Stationierung ihrer Truppen in diesen Ländern, für die Vergrößerung von deren wirtschaftlicher Abhängigkeit usw. Werden die sowjetischen Führer die revisionistischen Cliquen dieser Länder jetzt aber noch hindern können, dem nachzueifern, was sie selber so hemmungslos tun, nämlich auch ihrerseits die Brücken zu Westdeutschland und zum Westen überhaupt zu erweitern? Muß dies aber nicht den Einfluß der sowjetischen Revisionisten schwächen, werden sich dadurch nicht die zentrifugalen Kräfte in ihrem Machtbereich mehren und werden auf dieser Basis nicht neue Reibungen und Konflikte entstehen?

Nach der sowjetisch-westdeutschen Annäherung wird es auch in Westeuropa neue Entwicklungen geben. Das Erstarken Bonns wird unvermeidlich auf den Widerstand seiner anderen Partner stoßen, auf den Widerstand all jener, welche die deutsche Vorherrschaft fürchten. Auch wird die Tatsache, daß Bonn bald anfangen wird, so aufzutreten, wie es sich das auf Grund seiner stärkeren Stellung und seiner gestiegenen Kraft in Westeuropa zumutet, Beunruhigung erwecken. Die Bedenken, die das Abkommen schon jetzt in gewissen Kreisen von Paris, London, Washington und anderswo auslöste, sind dafür symptomatisch.

Zwischen den Imperialisten gibt es fortwährend Widersprüche, die niemals aufhören, sondern zunehmen und sich vertiefen. Ein

jeder Teil sucht die eigenen Positionen nicht nur zu bewahren, sondern sie zum Schaden der anderen auszubauen. Jeder solche Schritt der einen Seite hat daher Gegenmaßnahmen der anderen Seite zur Folge.

Vorläufig haben die US-Imperialisten im allgemeinen gegen die Öffnung Westdeutschlands zum Osten hin nichts einzuwenden, schon weil das die Sowjetunion sowohl politisch als auch ökonomisch schwächen wird. Andererseits bedeutet das aber unweigerlich ein Erstarken Westdeutschlands, das als Hauptpartner der USA in der NATO und als die Hauptschlagkraft dieses Paktes, auch mit amerikanischer Unterstützung, seine wirtschaftliche, politische und militärische Macht weiter steigern wird. Unter solchen Umständen aber wird der deutsche Imperialismus seine Hände nicht einfach in den Schoß legen, er wird seine Kraft zunehmend gebrauchen, um jemand anderen zu verdrängen. Das heißt, es gibt auf weitere Sicht auch keinerlei Garantie dafür, daß die westdeutschen Imperialisten den US-Imperialisten immer gestatten werden, in Westeuropa die erste Geige zu spielen.

- Neue Situationen werden entstehen, die
- Wege zu Gegenmaßnahmen und zu Zusammenstößen werden sich öffnen, und
- wir können in weiterer Zukunft Zeugen
- von vorläufig nicht vorherzusehenden Ereignissen werden.

Was das albanische Volk betrifft, verurteilt es das neue imperialistische Abkommen zwischen Bonn und Moskau auf das Entschiedenste und brandmarkt es als ein Komplott, das gegen die Souveränität aller Staaten Europas und gegen die Völker der ganzen Welt gerichtet ist. Als aktiver Streiter im Kampf gegen den Nazismus wird das albanische Volk nach wie vor für die richtige Lösung der Deutschland-Frage kämpfen, es wird entschieden und prinzipienfest die souveränen Interessen der DDR verteidigen. Nach wie vor wird es den Kampf aller europäischen Völker für die tatsächliche Verteidigung des Friedens und für wirkliche Sicherheit in Europa, den Kampf gegen die heimtückischen Komplote der Imperialisten aller Sorten und Schattierungen, ob amerikanische Imperialisten, sowjetische Revisionisten oder deutsche Revanchisten, entschlossen unterstützen.

Die dünne Haut des bürgerlichen Parlamentarismus

Tagelang hat in den Wandelgängen des österreichischen Parlaments, in den Parteivorständen und Zeitungsredaktionen größte Aufregung geherrscht. Es ging um die Frage, ob nach der Ungültigerklärung des Wahlergebnisses vom 1. März 1970 in drei Wiener Wahlkreisen und nach der Wiederholung der Wahlen in diesen Bezirken am 4. Oktober 1970 eine Neuauslobung der betroffenen Nationalräte stattfinden sollte oder nicht. Im ersten Augenblick scheint das eher eine unbedeutende Formalität. Aber auch genauer betrachtet, wird das Problem nicht weltbewegend, denn es ging vor allem darum, ob man für die Stelle des 3. Nationalratspräsidenten, die nach dem 1. März der SP-Mandatar Probst erhielt, einen neuen Kuhhandel mit vielleicht anderem Ergebnis hätte durchführen können.

Es war also kein sehr bedeutsamer parlamentarischer Posten, um den es ging, und es war sogar sehr fraglich, ob ihn eventuell eine andere Partei hätte erhaschen können - und dennoch schlugen die Wellen so hoch, zeichnete sich eine plötzliche "Funktionsunfähigkeit" des Parlaments ab, sprach man von der "Krise" des Parlaments und wurde sogar der Bundespräsident vom "Ernst der Lage" informiert.

Zweifelloos war das Ereignis ein bis aufs Äußerste ausgeschlachteter Anlaß für einen Ausscheidungskampf der hemmungslosesten Demagogen, Heuchler und Betrüger, also lange

nicht so tragisch, wie es scheinen mochte. Andererseits aber zeigte sich, daß die im Parlament vertretenen Parteien sogar in einer kleinen Detailfrage, im Kampf um einen drittrangigen Posten, sofort bereit waren, den ganzen von ihnen stets so ehrfürchtig angebeteten und in den Himmel gehobenen Parlamentarismus lahmzulegen.

Ein ähnlicher formalrechtlicher Verfahrensstreit hat im Jahre 1933 dazu gedient, das Parlament nach Hause zu schicken und zum grünen Faschismus überzugehen. Im gegenwärtigen Moment ist eine solche Gefahr wohl nicht akut, da die Ausbeuterklassen mit den

Mitteln der parlamentarischen Demagogie und Massenverdummung noch ohne weiteres zurechtkommen und ihre Herrschaft keiner unmittelbaren Bedrohung ausgesetzt ist. Umso deutlicher aber zeigt das Beispiel, wie verflucht dünn die "demokratische" Haut ist, welche das Gerüst der kapitalistischen Klassendiktatur in Österreich bedeckt, und wie rasch es einen Anlaß geben wird, diese Haut zu durchstoßen, wenn es die Bourgeoisie für geboten halten wird, an Stelle des Zuckerbrots die Peitsche, an Stelle des "demokratischen" Pfaffen den faschistischen Henker zu setzen.

SPORT: Bravo, Partizani-Tirana!

Obwohl sich die Fußball-Elf Partizani-Tirana nicht für die nächste Runde im Europacup der Cup-Sieger qualifizieren konnte und gegen Wacker-Innsbruck zwei knappe und überaus unglückliche Niederlagen bezog, hatte das fußballbegeisterte österreichische Publikum erstmals die Gelegenheit, Sportler aus dem sozialistischen Albanien

auf österreichischem Boden in Tätigkeit zu sehen.

INNSBRUCK, 16. September 1970, Tivoli-Stadion, 12.000 Zuschauer, Schiedsrichter Gugulovits (Jugoslawien) WACKER-INNSBRUCK - PARTIZANI-TIRANA 3:2 (1:2).

Zum erstenmal in der österreichischen Fußballgeschichte tritt eine albanische Fußball-Elf auf österrei-

chischem Boden einer heimischen Mannschaft gegenüber. Das Interesse des österreichischen Sportpublikums war dementsprechend groß, ja man zollte den albanischen Sportlern hohen Respekt und zitierte an hervorragender Stelle Kommentare von internationalen Experten, die bereits Erfahrung mit albanischen Fußballern hatten. (Siehe unser Faksimile der Schlagzeile in "Sport und Toto"). Also richtige Premierienstimmung im Tivoli-Stadion.

Wohl waren die Innsbrucker im Feldspiel überlegen (Cornerverhältnis 11:2 für Innsbruck), doch verstanden die Spieler von Partizani-Tirana hervorragend, aus der Defensive heraus, immer wieder gefährlich vor das Innsbrucker Gehäuse zu kommen, sodaß es der vom albanischen Trainer bis dahin mit einem hervorragenden Konzept versehenen Partizani-Elf gelang, durch Tore von Panu (21. Minute) und Janku (23. Minute) auf 2:0 davonzuziehen. Dem Innsbrucker Publikum lief zu dieser Zeit ein kalter Schauer über den Rücken. In der 40. Minute griff der jugoslawische Schiedsrichter Gugulovic, der bis dahin ziemlich korrekt pfiff, durch eine krasse Fehlentscheidung und Benachteiligung der albanischen Gäste in verhängnisvoller Weise ein. Bei einer vollkommen regelgerechten Ballabnahme will er - und nur er - einen Regelverstoß erblickt haben und zeigt zum allgemeinen Erstaunen auf die Elfmetermarke. Der zur Exekution angetretene Ettmayer ließ sich diese Chance nicht entgehen. Für Mucedini im Tor von Partizani unhaltbar, verringerte er auf 2:1 für Partizani. So ging es auch in die Pause.

In der zweiten Halbzeit beginnt, vom heimischen Publikum stark angefeuert, Wacker auf Sieg zu spielen, während sich Partizani darauf beschränkt, eine Verteidigungsschlacht zu liefern und durch Einzelvorstöße, bei denen sich immer wieder der wunderbare Panu auszeichnet, das Wacker-Tor in Gefahr zu bringen. Nun spielt Wacker-Innsbruck aber glücklicher und es gelingt den Innsbruckern durch Obert (53. Minute) und Francescin (82. Minute) den vollkommen unerwarteten Sieg herbeizuführen.

Die Mannschaften:

Partizani: Mucedini, Seferay, Berisha, Siu, Zani, Schlaku, Baluku, Ragani; Disi, Panu, Janku.

Wacker: Rettensteiner (ab 30. Minute Tschenett); Eschlmüller, Bin-

der, Werner, Voggenberger, Eigensiller; Obert, Ettmayer, Francescin, Grausam.

Mit Partizani-Tirana haben wir, obwohl das Spiel von den Gästen äußerst unglücklich verloren wurde, einen überaus fairen und sportlichen Sendboten des heroischen albanischen Volkes kennengelernt. Der albanische Fußballsport hat seit der Befreiung des Landes und mit dem Aufbau des Sozialismus einen gigantischen Aufschwung genommen. Dank der intensiven Sportförderung durch die staatlichen Stellen, die im Massensport einen wichtigen Beitrag zur Volksgesundheit sehen und ihn äußerste Fürsorge angedeihen lassen, haben heute die albanischen Sportler im internationalen Sport bereits einen erstklassigen Ruf und werden diesem auch immer wieder gerecht.

In Albanien selbst - der Verfasser dieses Berichts weiß das aus eigenem Erleben - erfreut sich vor allem der Fußballsport so großer Beliebtheit, weil er nicht nur Massensport ist, sondern die Sportler selbst auch echte Amateure sind. In Albanien gibt es weder Berufsspieler, noch Stars und Stargagen. Hier wird der Sport nicht durch Geschäftemacherei, Reklame usw. entstellt, sondern aus echter Begeisterung betrieben. Am Rande sei auch erwähnt, daß die Eintrittspreise zu Sportveranstaltungen so niedrig sind, daß man sie eigentlich nur als symbolisch bezeichnen kann, während man in Österreich bekanntlich bei internationalen Spielen schon für Stehplätze 30 bis 50 Schilling zu bezahlen hat.

Das Spiel in Innsbruck hat sehr deutlich gezeigt, daß das sozialistische Albanien auch im Sport eine hervorragende Aufbauarbeit geleistet hat und daß albanische Sportler heute in der internationalen Sportwelt bereits einen bemerkenswerten Platz einnehmen, ob-

wohl das albanische Volk sehr klein ist und auf diesem Gebiet soviel wie keine Traditionen hat.

Zweites Spiel:

TIRANA, 30. September 1970, im ausverkauften Quemal-Stafa-Stadion, 27.000 Zuschauer*, PARTIZANI-TIRANA - WACKER-INNSBRUCK 2:1 (1:1).

Obwohl Partizani auf eigenem Boden etwas schwächer spielte als in Innsbruck, hätte es dem Spielverlauf nach hier zumindest ein Unentschieden verdient. Wieder war Partizani in der 18. Minute durch Panu in Führung gegangen, doch Grausam stellte durch einen Volleyschuß den Halbzeitstand her. Als nach der Pause Wacker eine Feldüberlegenheit herauspielte, gelang es Grausam mit einem Fersler die Innsbrucker mit 2:1 in Führung zu bringen. Das bewundernswert faire albanische Sportpublikum zollte den gut spielenden Innsbruckern in sportlicher Weise Beifall. Nun erkannte Partizani den Ernst der Lage. In rollenden Angriffen wurde nun Rettensteiners Tor aufs Korn genommen und die Innsbrucker vollkommen in ihrer Hälfte festgenagelt. Jetzt bewies Rettensteiner hohes Können und große Übersicht. Viele schwierige Bälle, die man bereits im Tor sah, machte er in meisterlicher Manier unschädlich. Hätte Wacker nicht diesen so hervorragenden Schlußmann gehabt, hätte das Ergebnis wohl ganz anders gelaute.

Nach der Austragung der beiden Spiele kann man sich zur Belebung des österreichischen Sportes nur wünschen, daß dem Bestreben der albanischen Sportbehörden Rechnung getragen und die Sportbeziehungen zwischen Österreich und Albanien ausgebaut werden!

Albanien Fußballer sind überaus

* Darunter auch 60 österreichische "Schlachtenbummler" und eine Delegation der MLPÖ

SPORT UND TOTO

Dienstag, 22. September 1970

Schön: Tirana-Abwehr wie Inter zu Glanzzeiten

Ebenso wie beim Publikum fand das große sportliche Können der albanischen Fußballer auch in der Fachwelt hohe Anerkennung

faire und technisch hochstehende Sportsleute - davon konnte man sich jetzt überzeugen - und sie können, wenn den politischen Gehässigkeiten und Intrigen reaktionärer Sportfeinde eine gründliche Absage erteilt wird, eine wertvolle Bereicherung des internationalen Sportverkehrs bringen.

In diesem Sinne herzlichen Wiedersehensgruß: Mirupafshim, Partizani-Tirana!

KARL HORN



EINE NIEDERTRÄCHTIGE SUDELEI IM "KURIER"

Die wegen ihrer betont reaktionären Gesinnung schon berüchtigte Wiener Boulevard-Zeitung "Kurier" gehört bekanntlich einem der größten österreichischen Profitschänder, dem Großmühlenbesitzer Dr. Ludwig Polsterer, der seine Millionenprofite buchstäblich aus dem Brot des arbeitenden österreichischen Volkes zieht. Daß diesem widerlichen Blutegel ein Land wie das sozialistische Albanien nicht gefällt, weil dort Leuten seiner Sorte für immer das Handwerk gelegt wurde und niemand mehr aus der mühsam eingebrachten Ernte des Bauern und aus dem täglichen Stück Brot des Arbeiters Wucherprofite scheffeln kann, ist verständlich. Dank seiner wirtschaftlichen und politischen Macht findet der Mühlen-Polsterer auch immer wieder Kreaturen, die ihm gegen entsprechendes Entgelt seine Wünsche am Munde ablesen und bereit sind, zur Verteidigung seiner Ausbeuterinteressen jede beliebige Schmutzarbeit zu verrichten. Ein solcher gekaufter Schmierer ist ein gewisser Wolfgang Winheim, der in Polsterers Blatt zwar als "Sportredakteur" geführt, aber offenbar vor allem wegen seiner Dienste als politischer Strichjunge gefüttert wird. Eben diesen Herrn hat nun der "Kurier" zum Europacupspiel Partizani-Tirana: Wacker-Innsbruck am 30. September 1970 nach Albanien entsandt. Das Ergebnis seiner Reise war dann eine wilde antialbanische Sudelei im "Kurier" vom 2. Oktober unter dem Titel "Die Suppe versalzen".

Das weltberühmte „Rote Büchlein“



EINE SCHATZKAMMER MARXISTISCH-LENINISTISCHER ERKENNTNIS — AUCH DU BRAUCHST SIE, SOLLST SIE LESEN UND STUDIEREN!

Regiepreis: S 8,— plus Porto

Wie er selbst zugibt, hat Herr Winheim von Albanien sehr wenig gesehen. Doch schon das Wenige ging ihm so auf die Nerven, daß er seine Augen offenbar völlig schloß und nur mehr Wahnbilder erblickte. Von den Autos der albanischen Hauptstadt erblickte er lediglich vier Stück, unter den 27.000 albanischen Match-Besuchern im Stadion dagegen sah sein scharfes Auge sogleich 11 (elf!) Chinesen. Am "wunderschönen Sandstrand" von Durres erblickte er keinen einzigen badenden oder erholungsuchenden In- oder Ausländer, dafür aber kleine Jungen, die ausgerechnet dort lernten, sich anzuschleichen und Handgranaten zu werfen. Obwohl er doch nicht

zu Fuß ins Stadion gekommen war, behauptet er, in ganz Tirana gebe es kein einziges Taxi, und obwohl ihn eine fiktive Bewachung daran hinderte, auch nur um den nächsten Häuserblock zu spähen, sah er ein "unglaubliches Elend der Albaner". Das Schlimmste aber: ins Stadion hatte man ihn durch einen "Nebeneingang" geführt und um ein Haar hätte er nicht im "ersten Hotel" Albaniens übernachten können. Dafür hat er sich dann aber grimmig gerächt: "Mao wurde ins Nachtgebet nicht einbezogen. Trotz deutschsprachiger Mao-Bibel!" Und jetzt will Herr Winheim dafür sorgen, daß die Albaner, die es wagten, einen "Kurier"-Lämmel nicht als heilige Kuh zu behandeln, "warten müssen, bis ihr Wunsch, den Sportverkehr auszubauen, in Erfüllung geht"!

So also sieht jemand aus, den der "Kurier" seinen Lesern als "Sportredakteur" vorzusetzen wagt. Daß diese allerdings kaum bereit sein werden, buchstäblich alles zu schlucken, davon zeugt ein Leserbrief an die "Kurier"-Redaktion, der uns zur Verfügung gestellt wurde, weil ihn der "Kurier" nicht einmal einer Antwort würdigte. Unter anderem heißt es in diesem Brief:

"An die Sportredaktion des 'Kurier'!

Die Suppe versalzen - um bei der verwendeten Ausdrucksweise zu bleiben - mußte man Ihrem 'Sportredakteur' Herrn Wolfgang Winheim für seinen Artikel über Tirana vom 2. d. M. im Sportteil des 'Kurier'. Als langjähriger, täglicher Kurierleser glaube ich ein Recht zu haben, Ihnen zu sagen, daß es ungehörig ist, Sportberichte mit derart gehässig entstellten und unglaubwürdigen Machwerken zu versehen. Meiner Meinung nach müßte die Sportberichterstattung von politischen Giftspritzen vom Schlage eines Herrn Winheim befreit werden... Ich glaube kaum, daß im Sportbericht der albanischen Zeitungen über das Spiel in Innsbruck gehässige Bemerkungen über Österreich zu lesen waren, obwohl es dazu offensichtlich reiches Material gäbe (z. Bsp. Preislawine, drückende Besteuerung etc. etc. etc.)... Offensichtlich ist es Herrn 'Sportredakteur' Winheim und jenen Kräften, die hinter ihm stehen, nicht am Sport gelegen, sondern daran, die Sportbeziehungen zu Albanien zu vergiften, bevor sie noch richtig begonnen haben. Ich frage mich nur: Was suchen solche Leute beim Sport?

Ein (bisher) täglicher 'Kurier'-Leser"

Rote Fahne

ZENTRALORGAN DER MARXISTISCH-LENINISTISCHEN PARTEI ÖSTERREICHS

(MLPÖ)

Erscheint monatlich.

Eigentümer: Marxistisch-Leninistische Partei Österreichs (MLPÖ)

Herausgeber und Verleger: Franz Strobl, Für den Inhalt und den Druck

verantwortlich: Peter Tesinsky, Alle 1150 Wien, Goldschlagstrasse 64/5.

Keine Inseratenannahme. Zuschriften und Bestellungen von Abonnements

oder Probenummern erbeten an die Redaktion der "Roten Fahne", 1150

Wien, Goldschlagstrasse 64/5, Telefon 92-33-88, Jahresabonnement

S 35,-, Halbjahresabonnement S 20,-, Auslandsabonnement S 45,-

(DM 7,00) Postscheckkonto Nr. 173.848

